

Reinhard Bettzüge

**"Auf dem Weg zu einer Neuen Weltordnung - Die Rolle von Nato,
UNO und EU in den internationalen Beziehungen"**

Vortrag vor dem Heidelberger Club für Wirtschaft und Kultur e.V.
am 6. Mai 2004

Im Jahre 1853 veröffentlichten deutsche Demokraten im amerikanischen Exil ein Aufsehen erregendes Dokument. Es trug den Titel "Das neue Rom oder die Vereinigten Staaten der Welt". Es forderte die USA zur Intervention in Europa auf. Sein Ziel war die Errichtung einer Weltrepublik. Es kulminierte in einem Aufruf, der Tyrannei überall entgegenzutreten. Ein Aufruf, der zeitgemäßer nicht sein kann.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im Mai 2002 sagte der amerikanische Präsident George W. Bush: "Die Vereinigten Staaten und die Nationen Europas sind mehr als militärische Verbündete, wir sind mehr als Handelspartner, wir sind die Erben derselben Zivilisation. Die Versprechen der Magna Charta, die Lehren Athens, die Kreativität von Paris, das unerschütterliche Gewissen Luthers, der milde Glaube des Heiligen Franziskus - all dies ist Teil der amerikanischen Seele. Die neue Welt war erfolgreich, indem sie die Werte der Alten Welt respektierte...Die Werte, die wir teilen, verbinden unsere Kulturen und rufen Ablehnung bei unseren Feinden hervor. Diese Werte sind generell wahr und recht. Sie definieren unsere Nationen und unsere Partnerschaft in einzigartiger Weise...Gegen die Herausforderungen unserer Zeit stellen wir unsere innersten Werte und unsere enge Freundschaft...Zusammen mit unseren Freunden bauen wir das Haus der Freiheit - für unsere Zeit und für alle Zeit."

Klingt das nicht nach einer Definition einer Neuen Weltordnung? Angelehnt an die Präambel des Nato-Vertrages, in der es heißt: "Die Parteien dieses Vertrages ... sind entschlossen, die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten".

Kaum anders die Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945. Dort heißt es in der Präambel:

"Wir, die Völker der Vereinten Nationen - fest entschlossen, unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren ..." Dieses kollektive System der Friedenssicherung verfolgt das Ziel, so ist es im Art. 1 der VN-Charta formuliert, "den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Kriegsausbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen".

Im Art. 24 der Charta "übertragen die Mitglieder der VN dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der Internationalen Sicherheit".

Die Europäische Sicherheitsstrategie, verabschiedet beim Europäischen Rat im Juni 2003, stellt fest:" Die Charta der Vereinten Nationen bildet den grundlegenden Rahmen für die internationalen Beziehungen. Die geeignetsten Mittel zur Stärkung der Weltordnung sind die Verbreitung verantwortungsvoller Staatsführung, die Bekämpfung von Korruption und Machtmissbrauch, die Begründung der Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte".

Entwürfe für neue Weltordnungen sind in der Vergangenheit stets nach großen Kriegen vorgelegt worden, so war es mit dem Westfälischen Frieden nach dem 30jährigen Krieg, mit dem Wiener Kongress nach den Napoleonischen Kriegen, mit dem Versailler Vertrag nach dem 1. Weltkrieg und mit den Beschlüssen von Yalta und Potsdam nach dem 2. Weltkrieg und eben mit der Gründung der UNO und Nato. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist dies ausgeblieben. Aber hatte nicht Präsident Bush senior in der Zeit von Sommer 1990 bis März 1991 insgesamt 43mal von der "Neuen Weltordnung" gesprochen? Meinte er gar diejenige, die sein Sohn sich heute umzusetzen anschiekt? Wir alle haben uns damals nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes auf die Friedensdividende verlassen, den Schalmeien Francis Fukuyamas vertraut, der das Ende der Geschichte gekommen

sah, suchten vergeblich nach möglichen Feinden für das Nordatlantische Bündnis. Der 11. September spätestens hat uns eines Besseren belehrt: wir kehren in die Geschichte zurück und müssen Acht geben, dass dies nicht auch eine Rückkehr in die Zukunft wird. Henry Kissingers Diagnose steht: " Die Welt ist heute im Stadium einer revolutionären Unordnung". Was ist zu tun, damit wir an der Schwelle des 21. Jahrhunderts nicht im Chaos versinken? Die Antwort ist klar: Wir brauchen eine neue, eine dauerhafte, eine beständige Weltordnung.

Wie wäre es mit dem Modell Europa? Der amerikanische Publizist Jonathan Schell plädiert in seinem neuen Buch "Die Politik des Friedens" für eine globale Sicherheitsarchitektur, die europäischen Erfahrungen folgt. Die Europäer haben eine europäische Ordnung etabliert, die einen Krieg unmöglich macht. Die Europäische Union erscheint ihm daher als ein weltweit nutzbares Modell der Friedenssicherung, ein Exportmodell für andere Teile der Welt schlechthin. In der Erkenntnis, dass die Errichtung regionaler oder globaler Hegemonien langfristig chancenlos ist, vielmehr nur eine Ordnung auf der Grundlage geteilter Souveränitäten und bewahrter vielfältiger Identitäten Aussicht auf Bestand hat, ist die Europäische Friedensordnung ein Erfolgsmodell - nur, hat es Chancen auf weltweite Akzeptanz? Läuft es nicht direkt auf einen clash of civilizations zu? Besitzt es überhaupt die Fähigkeit und den Willen, sich zu behaupten, wenn es ernsthaft herausgefordert wird - militärisch, terroristisch, energiepolitisch? Ist es nicht nur im Schatten der Supermacht überlebensfähig?

Lassen Sie mich anknüpfen an die anfangs zitierte Rede von George W. Bush im Deutschen Bundestag. Sie fußte auf einem Modell, das die beiden Außenminister James Baker und Hans-Dietrich Genscher im Zusammenhang mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa entwickelt hatten, nämlich einen Raum der Sicherheit immerhin für die ganze nördliche Hemisphäre von Vancouver bis Vladivostok zu garantieren, ein Ziel, das viele mit der Einrichtung des Nato-Russland Rates als gelungen ansehen. Aber was ist mit dem Rest der Welt außerhalb dieser 55 europäischen Staaten und der beiden nordamerikanischen Demokratien? Kann auch für sie der Satz von Vater Bush gelten, dass die "Grundlage dauerhafter Sicherheit auf gemeinsame Werte und Vereinbarungen gegründet "ist, die freie Völker verbinden

(Mainz 31.5.89)? Er hatte damals auch vom "Staatenbund freier Nationen" gesprochen, einem demokratischen Haus, das Ost und West verbindet. Ost und West - was aber ist mit dem Rest?

Der Rest der Welt versammelt sich womöglich hinter den Ausführungen des UNO Generalsekretärs Kofi Annan, der über das Jahr 2003 sagte: "Die letzten 12 Monate waren für diejenigen unter uns sehr schmerzvoll, die an kollektive Antworten für unsere gemeinsamen Probleme und Herausforderungen glauben" und mit Blick auf die so genannte Bush-Doktrin fuhr er fort: "diese präsentiert eine fundamentale Herausforderung für die Prinzipien, auf denen, wie immer unperfekt, der Frieden der Welt und ihre Stabilität in den vergangenen 58 Jahren geruht haben. Meine Sorge ist", so Annan, "wenn diese Doktrin angewendet wird, so könnte sie eine Präzedenzwirkung haben mit dem Resultat einer Proliferation von einseitiger und gesetzloser Gewaltanwendung, mit oder ohne Rechtfertigung." Der französische Präsident sieht das ähnlich: "In einer offenen Welt kann niemand in Isolation leben, niemand kann im Namen aller handeln und niemand kann die Anarchie einer Gesellschaft ohne Regeln akzeptieren". Der deutsche Bundeskanzler stimmt dem zu: "Multilateralismus ist der Schlüssel, das Konzept für unsere Zeit".

Stimmt es also, was der frühere französische Außenminister Hubert Vedrine behauptet, dass wir Auge in Auge mit der Hyperpower stehen? Applaudieren wir Jean-Paul Sartre, der glaubt, Amerika sei nicht das Zentrum der Welt? Hat Norman Mailer etwa Recht, wenn er vom Aufbau eines Imperiums, aber vom Verlust der Demokratie spricht? Oder liegt die Los Angeles Times richtig, die am 4.3.03 schrieb: "Diese Konstruktion einer neuen Weltordnung kommt von einem naiven und nicht reiseerfahrenen Präsidenten, der in seiner Ignoranz von Ratgebern bestärkt wird, die seit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks eine aggressive Pax Americana anstreben". Schließlich Jürgen Habermas, der Amerikas normative Autorität in Scherben liegen sieht. Was halten wir von dem ernst gemeinten Vorschlag, dass der Präsident der einzigen Supermacht dieser Welt nicht nur von allen Amerikanern, sondern von allen Bürgern der Welt in sein Amt gewählt werden müsste?

Aber die Europäer, auf ihrer Insel der Glückseligkeit, haben die Weisheit gepachtet, wie die neue Weltordnung beschaffen sein muss? Hatte nicht das Time Magazine gefragt: "Wo erhebt sich das europäische Interesse an der Welt über das Dilettantische hinaus? Wann wäre die Europäische Union je mit einem Erfolg versprechenden Plan für den Irak, für den Nahen Osten, für Korea hervorgetreten?" Robert Kagan beschimpfte die Europäer als egoistisch, sie glaubten, das europäische Paradies könnte auch auf einem globalen Niveau hergestellt werden und möchte Saddam Hussein am liebsten wie jeden anderen Europäer behandeln. Der britische Diplomat Robert Cooper sekundiert dies: "Unter sich mögen die Europäer auf der Grundlage von Gesetzen und einer offenen kooperativen Sicherheit operieren. Aber wenn es um die Welt außerhalb Europas geht, müssen wir zu den rauerer Methoden einer früheren Ära zurückkehren - Gewalt, präventiver Angriff, Täuschung, was immer notwendig ist. Unter uns halten wir uns an das Recht, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir auch die Gesetze des Dschungels anwenden". (The Guardian, 3.3.03) Hat also der berühmte "Clash of Civilizations" die transatlantischen Gewässer erreicht? Gilt die Präambel des Nato-Vertrages nicht mehr, die der Bewahrung unserer Zivilisationen verpflichtet ist?

Kein Zweifel: Der 11. September hat die amerikanische Außenpolitik dramatisch verändert. Wenn wir gehofft hatten, dass dieser Tag die Chance für einen stärkeren multilateralen Kurs eröffnet hätte (waren wir damals nicht alle Amerikaner?), so mobilisierten die Amerikaner stattdessen Ressourcen für eine unipolare Machtentfaltung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hatte und akzeptieren dabei eine wachsende strategische Kluft zum alten Europa. Vergeblich hatte Baroness Shirley Williams, die Führerin der Freien Demokraten im House of Lords an Präsident Bush wie folgt appelliert: "Viele von uns hatten gehofft, die US-Administration würde diesen Akt (des 11. September) zu einem Verbrechen gegen die Menschheit erklären und damit die ganze Welt nicht in einem Krieg zwischen Zivilisationen, sondern für die Zivilisation schlechthin vereinen. Dies sollte nicht sein. Indem er diesen Terrorakt einen Akt des Krieges nannte, reduzierte er ihn auf die traditionellen Konflikte von Nationalstaaten". Hinzu traten drei neokonservative Konzepte, eingebettet in eine deutlich formulierte Nationale Sicherheitsstrategie: Als erstes die Bewahrung der US-Überlegenheit. Präsident Bush hatte dies in seiner West Point Rede am 1.

Juni 2002 unmissverständlich klargemacht, wenn er sagte: "Wettbewerb unter großen Nationen ist unvermeidlich, aber ein bewaffneter Konflikt in unserer Welt ist es nicht. Mehr und mehr finden zivilisierte Nationen uns an ihrer Seite, vereint durch die gemeinsame Gefahr terroristischer Gewalt. Amerika hat und wird weiterhin eine militärische Stärke jenseits jeglicher Herausforderung aufrechterhalten". Die zweite programmatische Präsentation war die Doktrin militärischer Präventionsschläge, während das dritte ambitionierte Projekt vorsah, der islamischen Welt den Frieden zu bringen. Der Krieg im Irak ist letzter Beweis dafür, wie die Weltordnung neu arrangiert werden soll.

Es stimmt: die bipolare Weltordnung, an die sich manche heute mit Wehmut erinnern, ist lange tot. Das System des Westfälischen Friedens mit seinen souveränen Staaten ist überholt. Ein neues Zeitalter ist angebrochen, dominiert von der Spannung zwischen US Dominanz und globaler Interdependenz. Mein Kollege Gregor Schöllgen versteigt sich gar zu der Feststellung, das transatlantische Zeitalter liege hinter uns. Wirklich? Und wollen wir das so akzeptieren? Ist es nicht vielleicht nur ein Missverständnis von der Rolle einer Supermacht, wenn Staaten mit der Vorstellung einer multilateralen Weltordnung just diese Sichtweise auch vom neuen Rom erwarten? Die Sprache auf beiden Seiten des Atlantiks ist kennzeichnend, sagt Javier Solana, ein überzeugter Atlantiker. Nach ihm sind die Paradigmen der Blaupause für eine neue Weltordnung zuallererst durch den Terrorismus konditioniert. Der traditionelle Begriff von Sicherheit hat sich verflüchtigt. Die westliche Welt mit all ihren Idealen und Werten ist mit einer tödlichen Gefahr konfrontiert. Und dennoch: nicht lange nach dem 11. September haben sich die Wahrnehmungen über Risiken und Gefahren diesseits und jenseits des Atlantiks verändert. Le Monde hat ihre Schlagzeile "We are all Americans" am 11. September 2003 nicht wiederholt. Gibt es gar eine kontinentale Drift von verschiedenen Vorstellungen von Ordnung für diese Welt? Wird gar das böse Wort vom alten und neuen Europa Wirklichkeit, verschiedene Auffassungen über eine künftige Weltordnung mitten durch Europa? Hatte nicht der polnische Präsident in einem Interview mit der IHT kurz vor dem NATO-Beitritt seines Landes gesagt: For Poland it's God and Nato. Er hatte nicht gesagt: For Poland it's God and Europe. Und wenn er Nato sagte, meinte er die USA. Vielleicht deshalb, weil nur ihr die Aufrechterhaltung einer Weltordnung zugetraut wird?

Nato Generalsekretär Robertson pflegte vor solchem Hintergrund immer zu sagen, es gäbe nicht zuviel Amerika, sondern zu wenig Europa. Und er hat Recht. Wenn Europa bei der Formulierung einer Weltordnung nach eigenen Vorstellungen mitspielen will, muss es mehr Europa geben, viel mehr. Die Vernachlässigung militärischer Kapazität, die nicht umgesetzte europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität, die nicht arbeitsfähige gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, die nicht verabschiedete europäische Verfassung machen den Kontinent zu einer quantitate' negligeeable. Deshalb heißt das Fazit der Europäischen Sicherheitsstrategie ja auch: "Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer gerechteren und sichereren Welt führen würde".

Wenn aber die multilateralen Stimmen in der Welt sich unipolarem Handeln beugen müssen, wenn diplomatischer Dialog nicht mehr stattfindet, wenn gemeinsame strategische Zielsetzungen nicht erfolgen, dann kann man getrost von der Vorherrschaft der Sinatra -Doktrin sprechen: I'll do it my way.

Deren Hauptargument bleibt die Anwendung von Gewalt. Dies ist der Dreh- und Angelpunkt bei der Bestimmung globaler Regeln einer jeglichen Weltordnung. Als im Jahre 1999 die Nato das souveräne Jugoslawien angriff, ohne formelles Mandat der Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, präsentierte sie und mit ihr 19 demokratische Nationen die Formel "humanitäre Intervention" zur Vermeidung eines Genozids. Am Ende eines blutigen Jahrhunderts konnte die Entscheidung zwischen der Bewahrung der grundlegenden Menschenrechte und der Souveränität eines blutigen Diktators nicht anders ausfallen, zumal alle Mitglieder des Sicherheitsrates alle Forderungen gegen Milosevic unisono mitgetragen hatten, bis eben auf die Umsetzung durch militärische Gewalt, wofür allerdings Gründe vorlagen, die mit der Lösung des Kosovoproblems nichts zu tun hatten: die Furcht vor einer Präzedenzwirkung des Nato-Handelns für andere Teile der Welt. Eine Weiterentwicklung des Völkerrechts war erfolgt, wenn auch als Ausnahmetatbestand deklariert.

Die Bush-Doktrin des "preemptive strike" wurde von den USA als logische Analogie zur humanitären Intervention" ausgedeutet, die Kriterien des Vorgehens wie im Kosovo seien erfüllt: es bestehe eine unmittelbare Bedrohung, da Terroristen jederzeit zuschlagen könnten, es bestehe unmittelbare Gefahr für Leib und Leben von tausenden unschuldigen Menschen, hinzu trete das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 der VN Charta. Hierzu erinnert Kofi Annan aber daran, dass Staaten, die über das inhärente Recht zur Selbstverteidigung bei einem Angriff hinausgingen und Gewalt gegen breitere Bedrohungen für Frieden und internationale Sicherheit anwenden wollten, sie dafür die unabdingbar notwendige Legitimation durch die Vereinten Nationen benötigten. Gerhard Schröder pflichtet dem bei. In einem Artikel der IHT vom 20.9.2003 sagt er: "Sicherheit in der heutigen Welt kann nicht von einem einzigen Land im Alleingang garantiert werden. Sie kann vielmehr nur durch internationale Zusammenarbeit gewährt werden" - oder, was er wirklich sagen wollte:"...und nicht durch flagrante Verletzung internationaler Normen".

Übrigens ist an dieser Stelle der Hinweis angebracht, dass kein einziger der am Irakkrieg beteiligten Staaten, auch nicht die USA, sich auf ein Recht auf präventive Selbstverteidigung bzw. auf Art. 51 der Charta berufen hat. Vielmehr haben sie gegenüber dem Sicherheitsrat geltend gemacht, dass die Militäroperation ihre Ermächtigung in bestehenden Resolutionen des Sicherheitsrats 678 und 687 fänden - wengleich die öffentlich geäußerten Gründe dies doch taten, auch den Regime Change, angebliche Massenvernichtungswaffen und Al Quaida Verbindungen ins Spiel brachten.

Dies ist das Herzstück aller Fragen nach neuer Weltordnung: Wird die internationale Ordnung, wird eine Weltordnung unter dem Dach der Vereinten Nationen entstehen oder nicht. Werden wir in der Lage sein, die Weltorganisation so zu stärken und zu reorganisieren, dass sie in die Lage versetzt wird, den Herausforderungen der heutigen Welt zu begegnen? Schaffen wir es, das Völkerrecht durch Konsens und nicht mit Konfrontation weiterzuentwickeln? Gelingt es sogar, einen Kriterienkatalog für die Anwendbarkeit von preemptive strikes aufzustellen? Schließlich hat der Amerikaner Kissinger verlangt, die Macht der USA in einen moralischen Konsens einzubetten. Und während Washington die Beschränkungen für den Gebrauch

militärischer Macht akzeptieren muss, muss Europa ihre gelegentlich notwendige Anwendung akzeptieren. Die Europäische Sicherheitsstrategie hat dies inzwischen getan.

Bei der letzten Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2003, vier Monate nach dem vermeintlichen Ende des Irakkrieges, stand genau diese Diskussion im Zentrum der Diskussionen: Multilateralismus gegen Unilateralismus. Präsident Chirac verwendete in seiner Rede das Wort Multilateralismus bestimmt ein dutzend Mal, der deutsche Bundeskanzler stand ihm nicht nach. Und dennoch: kann ich Ihnen ein kurzes Zitat anbieten? "Außerhalb unserer Grenzen, im Zusammenhang mit präventivem Handeln, müssen wir in der Lage sein, Bedrohungen so schnell wie möglich zu erkennen und zu verhindern. Hierbei ist mögliches präemptives Handeln nicht ausgeschlossen, wenn eine ausgemachte und bestätigte Drohung erkannt ist". Von wem stammt das Zitat? Donald Rumsfeld oder Dick Cheney? Falsch, es war das französische Verteidigungsministerium. Wir sehen, die Grenzen sind fließend. Würden sie nicht noch fließender, wenn wir in Europa mehr und grausamere terroristische Aktionen erleben würden, würde das "Modell Europa" halten mit seiner gegenwärtigen Kritik an Guantanamo und anderen rechtlich umstrittenen Aktionen der USA?

Aber es gibt auch positive Nachrichten. Washington bewegt sich auf die Vereinten Nationen zu. Wie schon im vergangenen Jahr, so auch jetzt wieder: vor der Übergabe der Souveränität auf die irakische Regierung soll eine neue UN-Resolution her, auf die die Europäer Wert legen. Kehrt die unipolare Macht heim unter das multilaterale Dach? Haben die Europäer ihre Lektion gelernt, indem sie der letzten Irak-Resolution zustimmten? Vor diesem Hintergrund glaubte der scheidende Nato- Generalsekretär Lord Robertson denn auch, dass die Sicherheitsstrategien der Vereinigten Staaten und Europas immer noch kompatibel seien, dies hieße aber nicht, dass die Partnerschaft des Kalten Krieges noch lebendig sei. Sie sei vielmehr ersetzt worden durch etwas anderes, gleichermaßen Robustes - eine Partnerschaft für das 21. Jahrhundert auf der Grundlage von Sicherheitsstrategien, die mindestens so kompatibel seien wie diejenigen, die uns durch den Kalten Krieg geführt hätten. Viele Beobachter misstrauen diesem Optimismus. Vielmehr erkennen sie keinen gemeinsamen strategischen Nenner mehr über den Atlantik hinweg. Es existiere auch keine gemeinsame

Bedrohungsanalyse oder Strategie für die Bekämpfung gemeinsam erkannter Gefahren. Mit einem Wort: es fehle ein strategischer Dialog, ein Dialog auch über die neue Weltordnung. Was ist zu tun? Ein transatlantischer Dialog, der diesen Namen verdient, muss neu gestartet werden. Die Sprachlosigkeit zwischen Amerikanern und Europäern muss endlich überwunden werden. Denn ob wir es wollen oder nicht: der Irakkrieg ist, ob wir das wollen oder nicht, auch längst zu unserem Krieg geworden.

Kofi Annan und Jacques Chirac haben die Diskussion über Kriterien für präemptive Militärschläge bereits angestoßen, immerhin ein Beginn. Was den Nahen Osten betrifft, so kann es nicht bei einer unilateralen oder von Israel bestimmten Road Map bleiben, die letzte Reise Scharons nach Washington mit der US-Duldung erheblicher Siedlungen im Westjordanland kann nicht das letzte Wort sein, das sog. Quartett muss die politische Kraft des Kompromisses bleiben. Iran und Korea, Afghanistan und der Kaukasus, Zentralasien und der Terrorismus im Allgemeinen sind weitere Problemfelder, wo nur gemeinsames Handeln Erfolg verspricht.

Mit der katastrophalen Entwicklung im Irak und all seinen terroristischen Begleiterscheinungen auch in Europa beginnen die Europäer langsam zu begreifen, was auf dem Spiel steht, dass Handlungsbedarf besteht. Wenn wir wollen, dass "der Westen" als ein überzeugendes Konzept überlebt, dann müssen wir jetzt handeln und erklären, welche Weltordnung uns vorschwebt. Und da das derzeit ein Konzept ist, das der Verteidigung bedarf, sollte die gute alte neue Nato der Transmissionsriemen sein, der den Atlantik überspannt. Wes Clark, ehemaliger SACEUR, nennt die Nato in diesem Zusammenhang eine unabdingbare "Konsensus-Maschine". Die Nato wird noch für lange Zeit das nachhaltigste politisch-militärische Instrument sein, das uns zur Verfügung steht. Deswegen ist es so wichtig gewesen und bleibt es weiter wichtig, das Verhältnis von EU und Nato frei von Zweifeln und Misstrauen zu halten. Das Programm der Europäischen Sicherheit und Verteidigungsidentität muss umgesetzt werden, freilich mit ungleich überzeugenderen headline goals als die, die beschlossen sind. Die US-EU Partnerschaft muss hier eine Zweibahnstrasse bleiben, die EU muss allerdings das volle Spektrum der sog. Petersberg-Aufgaben abdecken können: die Missionen in Mazedonien und im Kongo und demnächst

auch in Bosnien waren nur ein Anfang. Im Jahre 1990 haben wir die "Transatlantische Erklärung" verabschiedet, 1995 die "Neue Transatlantische Agenda", jetzt fordert z.B. Hans-Gerd Pöttering, MdEP, einen neuen Atlantischen Vertrag - nicht als ein weiteres diplomatisches Kommuniqué, sondern vielmehr als eine Plattform für gemeinsames Handeln aufgrund gemeinsamer Interessen. So hat er den US Präsidenten eingeladen, in naher Zukunft vor dem Europäischen Parlament seine Vision dieser Zusammenarbeit vorzutragen, gleichzeitig sollte der EU Kommissionspräsident die europäische Sicht der Welt vor dem US Kongress darlegen. Auch mein Freund Andrew Moravcsik, Harvard Professor, sieht die Zeit für ein neues transatlantisches Abkommen reif, weil er die transatlantische Partnerschaft für die wichtigste diplomatische Beziehung weltweit hält. Auch Prof. Dominique Moisi empfiehlt Europa die Beibehaltung seiner euro-atlantischen Identität (FT 3.10.03), Europa und Amerika befänden sich im selben Boot, Europas fundamentale Werte seien immer noch dieselben wie in Amerika.

Gleichzeitig müssen wir endlich die Reform der Vereinten Nationen vorantreiben. Es macht keinen Sinn mehr, einen Sicherheitsrat zu haben, der auf die Bedürfnisse des Jahres 1945 zugeschnitten war. Er muss erweitert werden, etwa um Länder wie Indien mit 1,3 Mrd. Menschen, Brasilien, den afrikanischen Kontinent, Japan und Deutschland. Das Veto muss abgeschafft werden, es mag allenfalls den USA zugestanden werden, Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten muss dominantes Ziel sein. Die Verbindung zur Nato als einer Regionalorganisation gemäß Kapitel VIII muss intensiver werden, die 37000 Blauhelmtruppen reichen nicht aus. Hier ist der Ort zur Herstellung einer globalen Ordnung auf der Grundlage von Frieden, Gerechtigkeit und einer gemeinsamen Perspektive für möglichst viele Gesellschaften, Staaten und Weltbürger. Sollte es nicht möglich sein, zunächst einmal unter den mächtigsten westlichen Nationen einen Konsens herzustellen über ein globales Sicherheitssystem? Die Herausforderungen wie die Chancen der Globalisierung können nicht durch einsame Akte einer einzigen Nation gemeistert werden. Um die Proliferation von Massenvernichtungswaffen zu stoppen, Krankheiten wie SARS und Aids zu bekämpfen, den Zugang zu offenen Märkten zu sichern, den Energiebedarf sicherzustellen, die Menschenrechte zu gewährleisten, die Umwelt zu schützen und der Demokratie zum

Durchbruch zu verhelfen müssen wir zusammenstehen, müssen wir global kooperieren. Dies geht nur im Rahmen einer akzeptierten Weltgemeinschaft wie es allein die Vereinten Nationen, bei allen Mängeln, sein können. Die Amerikaner gemeinsam mit den Europäern hätten dabei alle Chancen, für ihre Vorstellungen Mehrheiten und Konsens zu finden.

Das Wirtschaftsmagazin "The Economist" hat für seine Leser vor einiger Zeit eine geopolitische Detektivgeschichte durchgespielt mit der Frage nach Rangfolge und Einfluss von Staaten im Jahre 2030. Das Ergebnis war klar: wenn Europa und Amerika sich einig sind, haben wir ein "westliches Zeitalter" vor uns, wenn nicht, werden andere Allianzen unser Schicksal bestimmen. Vielleicht hat deshalb Robert Kaplan diese Hoffnung ausgedrückt: Für eine begrenzte Zeit noch hätten die USA die Möglichkeit, der internationalen Gemeinschaft ihre Bedingungen zu diktieren, in der Hoffnung darauf, dass, wenn diese Zeit vorbei ist, eine neue Weltordnung aufgebaut ist auf der Basis von "civil society". Kürzlich fragte der indische Verteidigungsminister in einem FAZ-Artikel: "Die Macht der USA - wie lange wird sie dauern? Eines Tages geht sie zu Ende". Zur gleichen Zeit haben die Chinesen ihren ersten Astronauten in den Weltraum geschickt. Ein bisschen Realpolitik klärt manchmal den Blick.

Noch im ersten Halbjahr 2004 werden wir einen G-8 Gipfel in den USA und einen Nato-Gipfel in Istanbul haben, eine internationale Agenda, die genutzt werden sollte, das Profil für eine neue Weltordnung, so wie wir sie für uns und unsere Kinder wollen, zu schärfen.